

„Einseitig und reduziert“

Die Bürgerinitiative widerspricht dem OB

VAIHINGER KREISZEITUNG
Freitag, 26. Juni 2009

VAIHINGEN (aa). Die Initiative „Fahrradbahn Vaihingen“ widerspricht Oberbürgermeister Gerd Maisch in seiner Ansicht zur Darstellung der Positionen in der Broschüre zum Bürgerentscheid.

Die „einseitige und reduzierte Interpretation der Gemeindeordnung“ entspreche nicht dem Grundsatz der Waffengleichheit als Ausgleich demokratischen Grundverständnisses, insbesondere da die Bürgerinformation mit Finanzmitteln der Gemeinde geschieht, sagt Rudolf Reutter von der Initiative „Fahrradbahn Vaihingen“.

In der Gemeinderatssitzung am 13. Mai wurde beim Punkt „Bürgerfragestunde“ aus der Initiative gefragt, ob die Stadt bei der beabsichtigten Infobroschüre eine ausgewogene Darstellung der Ansichten der Gemeindeorgane und der Initiative beabsichtigt. Von der BI wurde dabei das aus ihrer Sicht positive Beispiel einer ausgewogenen Broschüre der Stadt Waldenburg zum Bürgerentscheid „Erhaltung des Kurgartens“ vorgebracht. In direkter Beantwortung der Frage und auch in der anschließenden Diskussion im Gemeinderat hat der OB mit Verweis auf die Regelungen der Gemeindeordnung eine Absage erteilt.

Von der BI wird auf eine Abhandlung in den Verwaltungsblättern für Baden-Württemberg verwiesen (1. September 2007, Beitrag von Prof. Dr. Roland Geitman, Kehl), in der die faire und authentische Darstellung von Pro und Kontra angemahnt wird. Das Prinzip der Waffengleichheit sei in verschiedenen Bundesländern (Bayern, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen...) üblich und müsse auch in Baden-Württemberg als Ausdruck demokratischer Grundregeln beachtet werden.

Die BI sieht die Broschüre als „sehr einseitig verfasst“ an. Der Inhalt sei mit der Initiative nicht abgestimmt worden. Insbesondere die Darstellung bezüglich des Ausbaustandards wird als irreführend eingestuft. Man habe bewusst einen kostenoptimierten Ansatz dokumentiert. Kostenbewusstsein erwarte man auch von den Gemeindeorganen.

Und auch das sei erwähnt: Bei dem von der BI angeführten Bürgerentscheid in Waldenburg haben die Bürger übrigens im Sinne der Stadtgremien entschieden. Rudolf Reutters Folgerung: „Eine ausgewogene Darstellung der Positionen ist offensichtlich nicht schädlich.“